

Antrag an den 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 06. - 12.10.2019

Antragssteller: 523 Salzgitter-Peine
Sachgebiet: E1 Gesellschaftspolitik
Antragsthema: **Betriebsräte fair bezahlen**

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen:

Durch die aktuelle Interpretation der Gesetzeslage werden Betriebsratsmitglieder bei der Betriebsratsvergütung benachteiligt. Seit 1972 der gesetzliche Anspruch auf Freistellung eingeführt wurde, bestimmt der einschlägige § 37 BetrVG, dass das Entgelt von Betriebsräten nicht geringer sein soll als das vergleichbarer Arbeitnehmer. Dieser Verweis auf vergleichbare Arbeitnehmer soll vor Benachteiligung schützen, gewissermaßen ein Schutz nach unten sein. Tatsächlich wirkt die Regelung aber heute vor allem als eine Begrenzung nach oben.

Die Rechtsprechung hat die Regel so ausgelegt, dass nur Weiterbildungsmaßnahmen und denkbare berufliche Entwicklungen im Zusammenhang mit dem ursprünglichen Job berücksichtigt werden. Völlig unberücksichtigt bleibt, was eine Person als Betriebsrat an Fähigkeiten und Kenntnisse erworben hat. Bei jedem anderen Beschäftigten werden die gestiegenen Anforderungen an die Arbeit, die wahrgenommene Verantwortung bei der Eingruppierung berücksichtigt. Bei Betriebsräten nicht. Das ist eine Benachteiligung.

Ohne faire, legitimierte und anerkannte Bezahlsregelung bleiben Betriebsräte immer wieder dem Verdacht der persönlichen Bereicherung ausgesetzt. Die Verdächtigungen und teilweise strafrechtlichen Ermittlungen sind ein unwürdiger Zustand für unsere Betriebsräte.

Aus diesen Gründen fordern die Delegierten des 24. Gewerkschaftstages den Vorstand der IG Metall auf, mit den im Bundestag vertretenden Parteien, ausgenommen der AfD, unverzüglich eine Gesetzesnovellierung für eine faire Bezahlsregelung von Betriebsräten anzustreben, die bei der Bemessung des Arbeitsentgelts und der allgemeinen Zuwendungen die zur Wahrnehmung der Betriebsratsstätigkeit erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen wie auch die auf Dauer wahrgenommenen Aufgaben und Verantwortung berücksichtigen.